

# QUARTALSBERICHT

## Projektland: Serbien und Montenegro

Quartal/Jahr: II/2011

### SCHLAGZEILEN

1. **Oppositionsdemonstrationen – Nikolić im Hungerstreik**
2. **Mladić verhaftet – Serbien erwartet Kandidatenstatus**
3. **NATO-ACT Treffen in Belgrad**
4. **IWF warnt Serbien vor höheren Budgetausgaben**
5. **Montenegros Premierminister besucht Berlin**

### Oppositionsdemonstrationen – Nikolić im Hungerstreik

Der politische Streit in Serbien hat neue Dimensionen erreicht. Vor rund 70.000 Menschen, die am 16. April 2011 vor dem Parlament in Belgrad gegen die Regierung demonstrierten, kündigte Oppositionsführer Tomislav Nikolić einen Hungerstreik an und schickte die Demonstranten heim. Er würde den Kampf für eine bessere Zukunft den gequälten Bürgern Serbiens abnehmen und weder Wasser noch Nahrung zu sich nehmen, bis Neuwahlen festgelegt worden seien, die er für den 18. Dezember dieses Jahres forderte.

Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, sinkender Löhne und schwächelnder Wirtschaft wächst die Unzufriedenheit mit der Regierung, der neben Schattenwirtschaft und Korruption auch Untätigkeit vorgeworfen wird.

Regulär soll in Serbien Mitte 2012 gewählt werden. Präsident Boris Tadić wies den Hungerstreik als Form des politischen Kampfes zurück und erklärte, dass vor dem Erhalt des EU-Beitrittskandidatenstatus keinesfalls Wahlen ausgeschrieben werden könnten, da dies den derzeitigen Reformprozess für Monate unterbrechen würde. Nachdem auch dieses neue Druckmittel nicht die erhoffte Reaktion der Regierung bewirken konnte, brach Nikolić nach acht Tagen seinen Hungerstreik ab.

## Mladić verhaftet – Serbien erwartet Kandidatenstatus

Serbien ist es gelungen eine weitere Hürde zum angestrebten EU-Beitritt zu beseitigen. Der wegen Völkermord und Kriegsverbrechen vor dem UN-Tribunal in Den Haag angeklagte Ex-General der bosnischen Serben, Ratko Mladić, wurde am 26. Mai 2011 in der Ortschaft Lazarevo bei Zrenjanin in der nordserbischen Provinz Vojvodina von Spezialeinheiten des serbischen Geheimdienstes und der Polizei verhaftet.

Die Ergreifung des meistgesuchten Haager Angeklagten fiel mit dem Besuch der EU-Außenministerin Catherine Ashton zusammen, die sich mit Präsident Tadić in Belgrad zu Gesprächen über die EU-Integration Serbiens traf. Sie gratulierte Tadić zur Festnahme von Mladić, die dem angestrebten EU-Beitritt Serbiens neue Energie verleihen werde und wies darauf hin, dass die Erfüllung technischer Voraussetzungen weiterhin fortgesetzt werden müsse, insbesondere im Rahmen des Kosovo-Dialogs.

Am 29. Mai 2011 organisierte die Serbische Radikale Partei (SRS) eine Kundgebung in Belgrad aus Protest gegen die Festnahme von Mladić. Am Rande der Demonstration kam es zu Ausschreitungen gegen die Polizei. Überwiegend jugendliche Hooligans griffen polizeiliche Sicherheitskräfte an und randalierten in der Innenstadt. Laut Angaben der Polizei wurden dreizehn Beamte und vier Demonstranten verletzt, mehr als 110 Personen, darunter 34 Minderjährige, wurden verhaftet.

Die jahrelang ausbleibende Festnahme von Mladić galt als eines der größten Hindernisse bei den Bemühungen Belgrads um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Serbiens Präsident Boris Tadić erklärte, die Inhaftnahme von Mladić habe Serbien die Tür zum Kandidatenstatus für den EU-Beitritt geöffnet. Es könne keine Zweifel an der Bereitschaft der serbischen Regierung zur vollen Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal mehr geben und Serbien werde alles tun, um auch den letzten Haager Flüchtling, Goran Hadžić, den ehemaligen politischen Chef der kroatischen Serben, zu verhaften.

Bei einem Treffen mit EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy machte Tadić deutlich, dass Serbien den Kandidatenstatus bis Ende des Jahres, den Beginn der Beitrittsverhandlungen Anfang nächsten Jahres erwarte.

Die EU lobte Serbien für die Verhaftung, fordert aber weitere Reformen vor dem Beginn von Beitrittsverhandlungen. Das Land müsse die Arbeit an Reformen intensivieren, damit die Kommission im Herbst eine positive Stellungnahme abgeben könne, sagte Erweiterungskommissar Stefan Füle in Brüssel. Zudem müsse sich Belgrad um die Umsetzung der Kopenhager Kriterien ebenso bemühen wie um den Dialog mit der Kosovo-Führung in Pristina, weil die EU auf gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo beharre. Erst dann könne die EU-Kommission die Aufnahme von Beitrittsgesprächen empfehlen.

## NATO-ACT Treffen in Belgrad

Serbien möchte durch eine aktivere Teilnahme an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union einen vollen Beitrag zum Weltfrieden leisten, erklärte Serbiens Verteidigungsminister Dragan Šutanovac bei der Eröffnung eines vom NATO-Transformationskommando (Allied Command Transformation – ACT) erstmals in Belgrad organisierten strategischen Treffens. Nachdem Serbien kürzlich mit Brüssel zwei Abkommen zur Teilnahme an EU-Missionen unterzeichnet hatte, würde mit diesem NATO-Treffen die Ausrichtung des Landes auf die EU-Perspektive und universelle Werte bestätigt, unterstrich Šutanovac. Unter dem Hauptthema Transformationsstrategie nahmen an der Veranstaltung 160 Vertreter aus 56 Staaten, darunter 28 NATO-Mitglieder teil.

Zu den Protesten der Oppositionsparteien gegen das NATO-Treffen in Belgrad hob Šutanovac unter Anspielung auf die NATO-Luftangriffe 1999 hervor, dass man sich der Gefühle aus der Vergangenheit bewusst sei, sich aber voll der Zukunft widme.

Laut Medienumfragen wird ein eventueller NATO-Beitritt Serbiens jedoch gegenwärtig von nur 15 Prozent der Bevölkerung unterstützt.

## IWF warnt Serbien vor höheren Budgetausgaben

Während der letzten Revision des zweijährigen Standby-Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds wurde festgestellt, dass Serbien alle Bedingungen für die Beziehung der letzten Tranche erfüllt. Die Vereinbarung ist Ende April 2011 ausgelaufen, wobei Serbien zur Stärkung der Devisenreserven insgesamt rund 1,5 Mrd. Euro bezogen hat.

Mitte Juni wurden die serbischen Behörden vom IWF vor einem im Parlament heftig diskutierten Gesetz gewarnt, welches den Kommunalverwaltungen wesentlich mehr Geld sichern soll. Der Vorschlag zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Lokalverwaltung stammte vom Parteibündnis Vereinigte Regionen Serbiens (URS), das kürzlich vom im März dieses Jahres des Amtes enthobenen Wirtschaftsminister und Parteivorsitzenden der G17Plus Mlađan Dinkić gegründet wurde. Die neue Regelung sieht vor, dass die Lokalverwaltungen künftig 80 Prozent der Lohnsteuer anstatt der bisherigen 40 Prozent für sich behalten können. Der IWF schätzte Milliardenausfälle für den Staatshaushalt ein. Der serbische Fiskalrat sprach sich ebenfalls gegen das Gesetz aus, da dieses nur zur weiteren Steigerung des Budgetdefizits führen würde.

Noch vor der Parlamentsdebatte drohte Dinkić mit dem Koalitionsaustritt seiner G17Plus-Partei, der zum Regierungssturz und vorgezogenen Wahlen führen würde, sollte das Gesetz nicht beschlossen werden. Trotz der Warnungen des IWF wurde das Gesetz am 27. Juni 2011 verabschiedet. Die Umsetzung beginnt ab 01. Oktober 2011.

## Montenegros Premierminister besucht Berlin

Bei einem Treffen mit dem montenegrinischen Regierungschef Igor Lukšić am 30. Juni 2011 in Berlin sagte Bundesaußenminister Guido Westerwelle dem Land weitere Unterstützung bei der angestrebten EU-Annäherung zu. Voraussetzung sei, dass Montenegro weiter den Weg notwendiger Reformen beschreite, wobei Fortschritte in den Bereichen Rechtstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Pressefreiheit notwendig wären. Beide Politiker sprachen sich für die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Montenegro aus.

### Vidica Drakulić

Die Autorin ist Projektassistentin der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Projekt Serbien und Montenegro.

#### IMPRESSUM

Erstellt: 08.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)